

„Platte Kampagnendemagogie nützt niemandem“

Für den Migrationsforscher Klaus Bade sind Zuwanderung, Integration und Minderheiten die zentralen Themen der Gesellschaftspolitik

Der Rat für Migration hat den „Migrationsreport 2000“ über die politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Folgen von Zuwanderung nach Deutschland vorgelegt. Das Gremium von Wissenschaftlern dokumentiert und kritisiert in dem Report die Entwicklung der Migrations- und Integrationspolitik der Bundesregierung. Mit einem der Autoren des Berichts, Klaus Bade vom Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien der Universität Osnabrück, sprach Matthias Fernandes.

DIE WELT: In den Unionsparteien gibt es Überlegungen, die Zuwanderung nach Deutschland zum Thema beim Bundestagswahlkampf 2002 zu machen. Was halten Sie von dieser Idee?

Schritt nach vorn in Richtung auf Gesamtkonzeptionen. Wir brauchen Politiker, die bereit sind, die Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft im Bereich Migration anzunehmen.

DIE WELT: Gibt es überhaupt eine neue Migrationspolitik?

Bade: Ja und nein. Es gibt wichtige, zukunftsweisende Neuansätze, aber die so genannte neue Migrationspolitik ist durchaus nicht so neu, wie die Bundesregierung selbst zu glauben scheint. Wir zeigen in unserem Report auch die bestehenden Traditionsbarrieren im Umgang mit dem Thema auf. Dazu gehört die Angst der Politiker vor dem Bürger als Wähler.

DIE WELT: Muss sich Deutschland der Ergebnisse seiner Einwande-

Klaus Bade: Die aktuelle politische Diskussion zum Thema Migration erinnert mich an eine höfische Verwechslungskomödie – zum Lachen, wenn es nicht so traurig wäre: Die SPD erinnert sich ungern an ihre Forderung nach einer Einwanderungsgesetzgebung und umfassenden Konzeptionen dafür. Die CDU hat vergessen, dass sie das, was sie jetzt fordert, in ihrer Regierungszeit stets konsequent verhindert hat. Früher hatten wir keine Zuwanderungskommission, jetzt haben wir zwei davon: eine von der Regierung und eine von der CDU. Und beide wetteifern hinter verschlossenen Türen. Beide Seiten gehen schon wieder mit Drohgebärden um. Die CDU droht eine Kampagne an, die SPD weiß jetzt schon, dass ein Einwanderungsgesetz scheitern muss,

wenn die CDU das Thema zu Wahlkampfzwecken nutzt. Warum legen nicht beide Seiten endlich die Hausarbeiten auf den Tisch, die beide längst unter der Schulbank haben? Auf allen Seiten gibt es bereits weit fortgeschrittene Entwürfe. Wissenschaftler haben eigene Konzepte entwickelt. Der Verdacht wächst, dass man noch einmal bei null beginnen will, um Zeit zu gewinnen.

DIE WELT: Welches sind denn die aktuellen Probleme in Deutschland im Zusammenhang mit dem Thema Zuwanderung?

Bade: Deutschland hat zu tun mit einer langfristig abnehmenden und demographisch alternden Bevölkerung. Das bringt schwerwiegende Probleme für die wirtschaftliche Dynamik ebenso wie

für die Generationensolidarität. Bevölkerungspolitik ist keine Alternative, Zuwanderungsförderung allein aber auch nicht. Wir brauchen eine Generaldebatte zum Thema Zukunft, innerhalb derer Zuwanderung ein zentrales, aber beileibe nicht das einzige Thema ist. Dazu müssen wir aber zu einer Normalisierung des Verhältnisses zum Angstthema Einwanderung kommen.

DIE WELT: Warum ist der Umgang mit dem Thema in Deutschland so schwierig?

Bade: Das ist ein hausgemachtes Problem. Über Jahrzehnte hinweg galt die bundesdeutsche Lebenslüge: „Die Bundesrepublik ist kein Einwanderungsland.“ Heute weiß jeder, dass das falsch war. Aber nur Einzelne wagen den mutigen

रणspolitik im internationalen Politikvergleich schämen?

Bade: Nein, im Gegenteil. In der Bundesrepublik hat sich eine sehr funktionstüchtige und effektive Integrationspolitik nach Recht und Gesetz entfaltet, die keinerlei Vergleich zu scheuen braucht. Schließlich haben Ausländer mit langem Inlandsaufenthalt heute fast die gleichen Rechte wie Deutsche, vom Wahlrecht auf Bundes- und Landesebene einmal abgesehen. Aber es kann keiner so recht glücklich darüber sein in diesem Land. Es gibt einerseits ein widerwilliges Einwanderungsland, andererseits frustrierte Einwanderer und über die Nichtanerkennung des Geleisteten frustrierte Behörden. All das sind Zeichen einer mangelnden Normalität im Umgang mit dem Thema Migration.

DIE WELT: Was muss getan werden, um voranzukommen?

Bade: Wir brauchen erstens eine Rückkehr zu der ansatzweise positiven öffentlichen Migrationsdiskussion, die wir im Frühjahr schon hatten und die wir nicht in Zuwanderungskommissionen verstecken sollten. Zweitens müssen wir endlich begreifen, dass die Themen Migration, Integration und Minderheiten Zentralbereiche der Gesellschaftspolitik sind. Drittens müssen Regierung und Opposition lernen, dass sie beide in Haftung stehen für diesen zentralen Politikbereich. Gegenseitige Denunziationen, Populismus und platte Kampagnendemagogie nützen niemandem und nähren nur den Zweifel an der Kompetenz der politischen Klasse insgesamt und stärken überdies die Aggressionen von rechts außen.

Die Welt, 17. 10. 2000